

# Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



**Ausgabe 159** – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 28.12.2023

## Männliche Flüchtlinge können sich ohne Frauen vermehren!



Bildquelle: www.middleeastmonitor.com

In Westendorf (Landkreis Ostallgäu) wehrt sich ein sehr lautstarker Teil der Bevölkerung gegen den Bau einer Flüchtlingsunterkunft für ca. 50 männliche Bewohner durch Demonstrationen und Leserbriefe. Diese selbst für den Hofnarren absurden Leserbriefe werden in der BZ sehr gerne abgedruckt.

Die Menschen glauben zukünftig unsicherer leben zu müssen, da männliche Flüchtlinge angeblich nur hier sind um Verbrechen begehen. Wahrscheinlich liegt hier noch ein nicht mehr ganz aktuelles Gutachten des ehemaligen Rasse- und Siedlungshauptamts vor.

Außerdem seien bereits jetzt zu wenige Kinder- und Schulplätze vorhanden. Den Zusammenhang von ausschließlich männlichen Flüchtlingen und der Verknappung von Kindergarten- und Schulplätzen kann man nur verstehen, wenn seit Generationen in Westendorf im Verwandtenkreis geheiratet wurde oder einige weibliche Westendorferinnen sich nach der Einkreuzung frischen Blutes sehnen.

Natürlich werden alle Westendorfer Leserbriefschreiber\*innen nicht müde zu betonen, sie seien nicht rechts oder rassistisch. Sie mögen einfach nur keine Fremden, wobei das Fremdsein bereits an der Gemeindegrenze beginnt.

Eine politische Strategie, welche schon die Nationalsozialisten einsetzten, ist bei der CSU und den Freien Wählern wieder die Taktik der Stunde um sich bei den Europawahlen 2024 zu positionieren.

Aber ist das Land, der ländliche Raum, die Landbevölkerung überhaupt so benachteiligt, wie es der CSU – Fraktionschef im bayerischen Landtag, Klaus Holetschek, in der BZ vom 23.12.2023 behauptet?

Er sieht eine Benachteiligung des ländlichen Raums, durch die von der Ampelregierung in Berlin geplanten Subventionsstreichungen (Agrardiesel, Steuerbefreiung) für die Landwirte. Landwirtschaft findet durch die agrarische Landnutzung automatisch im ländlichen Raum statt – geht nicht anders. Ist es eine Benachteiligung des ländlichen Raums, wenn ein durch viel Grundeigentum privilegierter Teil der Bevölkerung die gleichen Steuern zahlen soll, wie der Rest der Land- und Stadtbevölkerung? Eigentlich nicht und uneigentlich auch nicht.

In der Krankenhausreform von Bundesgesundheitsminister Lauterbach sieht er eine Gefährdung der Versorgungslage der Bevölkerung außerhalb der Metropolen. Wie er zu dieser Sicht kommt ist allerdings schwer zu begreifen, denn viele kleine Krankenhäuser kannibalisieren sich gegenseitig um sich knappes Personal abzuwerben, lassen Ab-

## Polarisierung zwischen Land und Stadt

teilungen schließen, weil Personal fehlt und verlegen Schwerkranke in Zentralkliniken, welche die medizinischen Standards zur Behandlung derselben haben. Weniger Kliniken (z.B. Dänemark 200000 Einwohner pro Krankenhaus im Vergleich zu Deutschland 70000 Einwohner) können mit weniger Personal (demografisch bedingt) eine effizientere und hochwertigere medizinische Versorgung bei höherer Patientenzufriedenheit erbringen, wenn man „Medizin“ wissenschaftlich und nicht politisch polarisierend begreift. Die von Lauterbach geplante Krankenhausreform wird die Qualität der Versorgung „auf dem Land“ verbessern und die Kosten senken, da auch sehr viel Krankenhausverwaltung und Chefarztposten eingespart werden können.

Holetschek sieht besonders die „Landbürger“ durch die Anhebung des CO<sub>2</sub> – Preises (trifft Sprit, Heizöl und Gas) benachteiligt. Vielleicht sagt dem CSU – Fraktionschef mal jemand, dass diese Abgabe auch für Sprit, Heizöl und Gas in den Städten erhöht wird, da Gesetze für ganz Deutschland gelten.

Ich unterstütze Herrn Holetschek bei seiner Forderung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und plädiere deswegen für eine Anhebung der ländlichen Kauf- und Mietpreise für Wohnraum auf städtisches Niveau. Außerdem muss dann die Eigentumsquote bei Wohneigentum im ländlichen Raum so weit gesenkt werden, bis auf dem Land genauso wenige Menschen ihren Wohnraum besitzen, wie in der Stadt. Auch die Schulen im ländlichen Raum müssen dann auf den Ausstattungsstandard der Stadtschulen gesenkt werden (da kann viel Geld gespart werden).

Auch hat der Holetschek vergessen zu erklären, wieso viele Menschen „auf Land“ ziehen wollen, wenn dort doch laut CSU und FW alles so schlecht ist. Sind diese Stadtflüchtlinge denn alle blöd?

Die CDU ist mit ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ihrer Oppositionsaufgabe als Kontrolleur der Bundesregierung im Deutschen Bundestag gerecht geworden. Das ist gut so. Nun verweigert sich die CDU/CSU sich der konstruktiven Arbeit im Bundestag komplett. Sie fordert zu Recht Einsparungen beim Bundeshaushalt 2024, lehnt aber alle Pläne und Vorschläge der Bundesregierung für Einsparungen ab. Warum? Ganz einfach, Populismus! Die einzigen eigenen Vorschläge der CDU/CSU für Einsparungen (Bürgergeld, Unterstützung von Flüchtlingen) widersprechen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach eine Teilhabe auch für finanziell schwächere Personengruppen zu ermöglichen ist.

Die Streichung der E-Auto-Prämie wird als ungerecht bezeichnet, denn sie trifft fast ausschließlich Menschen, welche mindestens 50000 € für ein Auto ausgeben können und diese Bürger kann man nicht belasten, wenn man nicht auch die Bürger belastet, welche auf staatliche Hilfe angewiesen sind.

Die Verteuerung von Inlandsflügen wird als unsozial bezeichnet, denn sie trifft ausschließlich Menschen, welche sich einen Urlaubsflug oder Geschäftsreisen leisten können und diese Bürger kann man nicht belasten, wenn man nicht auch die Bürger belastet, welche sich überhaupt keinen Urlaub leisten oder auf staatliche Hilfe angewiesen sind.

Die Erhöhung des CO<sub>2</sub> – Preises wird als unsozial bezeichnet, da die Verbrennung fossiler Energien teurer wird. Besonders teuer wird es für die Besitzer großer Verbrenner-Kfz und Besitzer großer Häuser mit schlechter Dämmung und alter Heizung. Diese wohlhabende Gruppe auch zu belasten ist natürlich ungerecht, denn warum sollten die Personen, welche es sich leisten könnten, motiviert werden ihre Häuser umweltfreundlich sanieren oder ihren Fuhrpark ökologisch auszurichten.

Der Wegfall eines Zuschusses wird die Stromrechnung für einen Durchschnittshaushalt um ca. 100 € im Jahr erhöhen. Das ist natürlich auch ungerecht, denn die CDU/CSU – Wähler leben i.d.R. „oberhalb“ des Durchschnittshaushalt und werden dadurch höher belastet, was natürlich ungerecht ist, auch wenn es finanziell keine Rolle spielt.

## Weil das ja klar ist

Die Klima-Prämie für Bauherren wird gestoppt um Geld zu sparen. Natürlich ist auch das in Augen der CDU/CSU nicht zu vertreten, denn wie sollen sich Menschen, welche jetzt durchschnittlich 600000 – 800000 Euro für ein Haus ausgeben, das noch leisten können, wenn es keine staatliche Förderung mehr gibt? Ca. 10 Quadratmeter kleiner bauen (entspricht ungefähr dem Wegfall der Prämie) kann keine Option sein, denn wenn man nicht mindestens 150 m<sup>2</sup> Wohnfläche baut, ist es ja kein Haus.

Den Landwirten die Subventionen zu kürzen kann rechtlich gar nicht möglich sein und wird deswegen von CDU/CSU bekämpft, denn diese Berufsgruppe, welche sich selbst manchmal als Selbstständige oder Unternehmer bezeichnet, lebt nur zu 50 – 60 % von staatlichen Geldern. Diesen „Bürgergeld – Beziehern de Luxe“ oder „Aufstockern mit landwirtschaftlichem Grundeigentum“ die Mittel ähnlich zu kürzen, wie es bei den wirklichen Armen von den rechten Parteien gefordert wird, ist also ungerecht, denn der Gewinn pro wirtschaftlichen Betrieb liegt pro Jahr bei nur ca. 115000 Euro und damit nur knapp zehnmal so hoch wie Bürgergeld.

Die Soziale Marktwirtschaft, wie sie vom Ludwig Erhard (ehemaliger bayerischer und CDU - Bundeswirtschaftsminister) in den Nachkriegsjahren entworfen und umgesetzt wurde, ist für die heutigen C – Parteien und ihre noch rechteren Ableger Freie Wähler und AfD nur noch ein Auslaufmodell, denn statt sozialem Ausgleich und nötiger Hilfe vertreten sie eine populistisch spaltende Weltansicht, in welcher der Staat zuerst die Interessen der Wohlhabenden zu vertreten habe.

Übrigens: Das „C“ in der CDU (Christlich Demokratische Union) bzw. CSU (Christlich Soziale Union) steht für „Christlich“ und das „S“ in der CSU zusätzlich für „Soziale“. Es wird Zeit für ein Rebranding dieser zwei Parteien, den christliche Grundwerte und Tugenden wie Barmherzigkeit, Liebe, Mildtätigkeit, Gerechtigkeit und Demut sind hier beim Führungspersonal kaum noch zu finden. Wie wäre es mit EDU (Egoistische ...), WDU (Wohlhabende ...) und in Bayern mit einer PWU (Populistische Wohlhabende Union). Noch einfacher ist es natürlich den Namen zu belassen und nur die Eigenschaften zu ändern: CDU jetzt neu als Charakterlose Demokratische Union und CSU als Charakterlose Scheinheilige Union.